

FAZIT

Dr. Hartmut Streuff
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Mit dem Workshop „e-Government in der Umweltverwaltung“ hat der Bund/Länder-Arbeitskreis Umweltinformationssysteme (BLAK UIS) ein Thema aufgegriffen, das auf den ersten Blick nicht unmittelbar dem Bereich der Umweltinformation zugeordnet ist. Aktivitäten auf dem Gebiet des e-Government sind jedoch von herausragender politischer Priorität im Sinne von Bürokratieabbau und Effizienzsteigerung. Darüber hinaus gewinnt e-Government für die Umweltverwaltungen in Bund und Ländern vor dem Hintergrund der im Februar dieses Jahres verabschiedeten EU-Richtlinie 2004/4 EG über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen eine neue Bedeutung. IT-gestützte Instrumente für den Zugang zu und die aktive Verbreitung von Umweltinformationen bilden Kernelemente der Richtlinie und werden entsprechend in der Novellierung des Umweltinformationsgesetzes Berücksichtigung finden.

Die wesentlichen Ergebnisse der von den Präsentationen angeregten intensiven fachlichen Diskussion im Workshop sowie deren Fortführung im Rahmen der 58. Sitzung des BLAK UIS am 02.04.2003 lassen sich zu den folgenden Thesen verdichten:

- Die heterogenen IT-Infrastrukturen in Bund, Ländern und Kommunen können nur dann zu einer Plattform für ein aus der Sicht des Bürgers durchgängiges eGovernment-Angebot vernetzt werden, wenn die Verwaltungen sich auf eine übergeordnete Strategie auf diesem Gebiet verständigen. Die unterschiedlichen IT-Landschaften müssen als gegeben akzeptiert werden; die Harmonisierung muss auf der Ebene von Daten und Informationen einerseits und Schnittstellen zum Datenaustausch andererseits erfolgen.
- Vorrangig wären in diesem Sinne technische und inhaltliche Standards „oberhalb“ der IT-Infrastrukturen zu erarbeiten. Der im Rahmen der e-Government-Initiative BundOnline 2005 entwickelte SAGA-Standard weist in die richtige Richtung. Länder und Kommunen orientieren sich bereits an SAGA. Wünschenswert wäre eine tatsächliche Standardisierung unter Mitwirkung aller Verwaltungsebenen.
- Bei dem Informationsangebot der öffentlichen Verwaltung und insbesondere bei transaktionsorientierten Dienstleistungen sind seitens der die Informationen anbietenden Verwaltung hohe Qualitätsanforderungen hinsichtlich Verfügbarkeit, Verlässlichkeit und einfacher Handhabbarkeit zu Grunde zu legen. Sogenannte „Bürgerdienste“ müssen „bürgerfreundlich“ gestaltet sein, um akzeptiert zu werden und den Aufwand für ihre Erstellung durch intensive Nutzung der Adressaten zu rechtfertigen.
- E-Government-Lösungen bieten sich wegen der weitgehend identischen konzeptionellen Ausgangssituationen für verwaltungsübergreifende Kooperationen an. Dem steht leider immer noch politisches „Inseldenken“ entgegen. Dieses Hindernis kann nur durch einen intensiven und zielorientierten Dialog zwischen den verschiedenen Handlungsebenen überwunden werden. Im Beschluss des Bundeskabinetts vom 11.12.2002 heißt es unter Nr. 6 „*Das Bundesministerium des Innern wird beauftragt, Gespräche mit Ländern und Gemeinden aufzunehmen, um über BundOnline 2005 hinaus die eGovernment-Aktivitäten aller staatlichen Ebenen zu bündeln und zu verstärken. Dies ist nach Auffassung der Bundesregierung im Hinblick auf die Realisierung durchgängiger Dienstleistungen und das Optimieren des Kundennutzens unerlässlich*“. Hiermit wird seitens des Bundes die Bereitschaft zur

Zusammenarbeit signalisiert. Dieser Prozess muss nun mit konkreten Schritten inhaltlich belebt werden.

- Wünschenswert wäre – wo immer möglich und sinnvoll – der Einsatz kompatibler Basiskomponenten. Diese Forderung ist vor allem für sehr fachspezifische Anwendungen trotz der heterogenen IT-Infrastrukturen aus fachlicher wie aus wirtschaftlicher Sicht nachdrücklich zu unterstützen.
- Die jüngsten Entwicklungen auf dem Gebiet der Internet-Technologie zeigen mit dem Instrument der „Web-Services“ einen zukunftsweisenden Weg auf. Erste Erfahrungen auf diesem Gebiet konnten im Rahmen eines F+E-Projekts des Umweltbundesamtes mit dem Semantic Network Service im Umweltinformationsnetz Deutschland gein[®] gesammelt werden.

Der Workshop bildete eine gute Plattform für den Austausch von Informationen über die unterschiedlichen e-Government-Strategien und deren Umsetzung in konkrete Projekte. Dieser Gedankenaustausch sollte entsprechend in anderen Fachgebieten forciert werden. Der Bund könnte hierbei die Funktion eines Moderators übernehmen. Die Präsentation von BundOnline 2005 durch das Bundesministerium des Innern war ein wichtiger Beitrag; sie hätte den Ausgangspunkt für einen intensiven Austausch mit den Vertretern der Länder bilden können.

Der BLAK UIS wird das Thema e-Government vor dem Hintergrund seiner fachbezogenen Aufgaben weiter begleiten. Die vielen erfolgreichen Kooperationen zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiet der Umweltinformatik sind gute Beispiele für übergreifende Problemlösungen trotz komplexer Ausgangsbedingungen. Diesen Weg wird der BLAK UIS auch in Zukunft aktiv ausbauen.